

BERICHT DER ARBEITSGRUPPE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAKTION
ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

■ Brüssel, April 2015 ■

TERRORISMUS BEKÄMPFUNG



Group of the Progressive Alliance of
Socialists & Democrats
in the European Parliament

*„Mithilfe von meinungsfreiheit
als waffe und in bester tradition
dieses hauses werden wir dafür
sorgen, dass menschenwürde
und sicherheit über angst und
hass siegen.“*

Ministerpräsident Jens Stoltenberg
in seiner Rede im Storting anlässlich der Gedenkfeier
für die Opfer der Tragödie von Utøya vom 22. Juli 2011

INHALT

EINLEITUNG	04
1. TERRORISMUSBEKÄMPFUNG IN EINER AUF WERTEN UND VIelfALT BASIERENDEN UNION: Ein ganzheitlicher Ansatz	06
2. DIE SOZIALE KLUFT IN EUROPA ÜBERWINDEN: Prävention und Deradikalisierung, soziale Eingliederung und Bildung	10
3. NEUGESTALTUNG DER EU-AUßENPOLITIK ANGESICHTS DER HERAUSFORDERUNG DES TERRORISMUS	16
4. TERRORISMUSBEKÄMPFUNG: 10 Kernbotschaften	22
GLOSSAR	26

EINLEITUNG

Die Terrorangriffe in Paris, Kopenhagen und Tunis sowie ein Schusswechsel mit der Polizei in Belgien haben Europa zu Beginn des Jahres 2015 bis ins Mark erschüttert. In ganz Europa werden die Beziehungen zwischen verschiedenen Gemeinschaften zunehmend dadurch belastet, dass Terroristen, Rassisten und Extremisten ihren Hass mithilfe von Gewalt und Angst verbreiten. Nur wenn die europäischen Bürgerinnen und Bürger sich gegen Terror und Hass erheben, können echte Lösungen gefunden werden. Wir müssen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln, das uns auf der Grundlage unserer Werte der Gleichheit, Freiheit, Demokratie, des Respekts und der Toleranz vereint, um ein wirklich pluralistisches und tolerantes Europa zu schaffen, in dem Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger herrscht.

Wir müssen die Dinge realistisch betrachten: Dem jüngsten Bericht von Europol über den Terrorismus in der EU zufolge galten weniger als 2 % der terroristischen Angriffe in den vergangenen fünf Jahren als religiös motiviert. In den allermeisten Fällen handelte es sich um Anschläge mit separatistischem Hintergrund.

Als Reaktion auf den Terrorismus konzentrieren wir Sozialdemokraten uns nicht einfach nur auf ein Sicherheitskonzept und Sozialmaßnahmen innerhalb Europas, sondern setzen uns auch mit sozialen Fragen in Drittländern auseinander, um einige der zugrundeliegenden Ursachen anzugehen, die ein Erstarken des Terrorismus ermöglichen: Es gilt, Armut zu bekämpfen, Menschenrechte zu fördern und die Lösung von Konflikten voranzutreiben.

Terrorakte sind in erster Linie kriminelle Handlungen; globale Terrornetze sind dem internationalen organisierten Verbrechen zuzuordnen. Diese Botschaft gilt es im Wesentlichen zu vermitteln, um die Legitimität und Mystifizierung von Terrororganisationen einzuschränken. Nichtsdestoweniger müssen gezielte politische Maßnahmen als Reaktion auf verschiedene Arten des Terrorismus entwickelt werden.

Gewalttätige Extremisten und Terroristen finden Nährboden, wenn Menschen unterschiedlicher Religion und Herkunft einander misstrauen und soziale Grenzen und Stereotype aufbauen. Um diese zu überwinden, müssen wir Brücken der Kommunikation und des Vertrauens innerhalb der Gesellschaft in Europa und weltweit stärken. Europa hat im Verlauf seiner Geschichte die Gewalt überwunden: Es sollte aus seiner Vergangenheit lernen und anderen helfen, ebenfalls dorthin zu gelangen.

Die Staaten, in denen terroristische Handlungen ihren Ursprung haben, oder diejenigen, die von Terroristen für Ausbildungszwecke benutzt

werden, sind in Wirklichkeit am stärksten betroffen. Ihre Bevölkerung hat die höchsten menschlichen und wirtschaftlichen Kosten zu tragen. Dies müssen wir uns vor Augen führen, wenn wir eine gemeinsame Agenda für Europa und die Länder schaffen, die die terroristische Bedrohung eindämmen wollen: Derartige Anstrengungen können nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie koordiniert und auf globaler Ebene erfolgen. Allerdings gilt es zu beachten, dass es keine gemeinsame weltweite Definition für Terrorismus gibt. Gemeinsame Anstrengungen mit Drittländern zur Terrorismusbekämpfung dürfen nicht als Instrument dienen, um die politische Opposition zu unterdrücken oder gegen ethnische Minderheiten vorzugehen.

Es ist falsch, zu sagen, der Antrieb für jede Art des Terrorismus sei Religion – oftmals verschärft durch ethnische, regionale und politische Differenzen. Dennoch ist es wichtig, zu betonen, dass die ersten und meisten Opfer der jüngsten Terrorwelle Muslime waren. Als Sozialdemokraten werden wir stets mit Nachdruck betonen, dass es sich hierbei weder um einen Zusammenstoß der Kulturen noch um einen Kampf zwischen dem Islam und dem Westen handelt, sondern um einen kriminellen Missbrauch von Religion, um Terrorangriffe im Kampf um Macht zu verüben. Wir werden unseren Werten treu bleiben, zu denen ein multikulturelles und multireligiöses Europa unter Achtung der Freiheit jeglicher Religion und Weltanschauung zählen, sowie der interreligiöse Dialog zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses auf unserem eigenen Kontinent und in der ganzen Welt.

Die Menschenrechte sollten im Zentrum das Kernstück einer Strategie und Zusammenarbeit zur Terrorismusbekämpfung stehen. Bei der Verhinderung und Bekämpfung des Terrorismus muss dafür Sorge getragen werden, dass Sicherheit, Menschenrechte und Strafverfolgung einander nicht ausschließen, sondern ergänzen.



Gianni Pittella
GIANNI PITTELLA
Vorsitzender der S&D Fraktion

Tanja Fajon
TANJA FAJON
Ko-Vorsitzende der S&D Arbeitsgruppe
zur Terrorismusbekämpfung

Knut Fleckenstein
KNUT FLECKENSTEIN
Ko-Vorsitzender der S&D Arbeitsgruppe
zur Terrorismusbekämpfung

1. ■ **TERRORISMUSBEKÄMPFUNG IN EINER AUF WERTEN UND VIELFALT BASIERENDEN UNION:** Ein ganzheitlicher ansatz

Terrorismus ist ein direkter Angriff auf einige der zentralen Werte der Europäischen Union – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Grundrechte und Einheit in Vielfalt – und stellt eine Bedrohung für die Sicherheit, den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand dar – Errungenschaften, die die europäische Integration den Bürgerinnen und Bürger gebracht hat.

Die europäischen Sozialdemokraten sind überzeugt, dass der Kampf gegen den Terrorismus nur dann erfolgreich sein kann, wenn die von den Mitgliedstaaten zur Terrorismusbekämpfung ergriffenen Maßnahmen im Einklang mit deren Verpflichtungen unter internationalem Recht – insbesondere im Hinblick auf internationale Menschenrechtsstandards, Flüchtlingsrecht und humanitäres Recht – stehen.

WIR MÜSSEN:

- **Sicherheit garantieren, Grundrechte schützen und die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten;**
- **uns mit den grundlegenden Ursachen des Terrorismus auseinandersetzen und diese bekämpfen; und**
- **dafür sorgen, dass die Strategien der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik terroristische Bedrohungen auf der ganzen Welt und deren Ursachen bekämpfen.**

Unsere Maßnahmen dürfen weder die Grundsätze aushöhlen, deren Schutz sie eigentlich dienen sollen, noch dürfen sie die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gefährden. Wir müssen den Terrorismus innerhalb und außerhalb unserer Grenzen bekämpfen, gewalttätigem Extremismus und gewalttätigen extremistischen Ideologien entgegentreten, die Lösung von Konflikten und die Achtung der Menschenrechte in Drittstaaten fördern und unser Möglichstes tun, um Grundrechte, Toleranz, sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit überall zu verteidigen.

Die zu Beginn der 2000er Jahre anfänglich noch breite Unterstützung für weitreichende Anti-Terror-Maßnahmen ist in vielen Ländern zurückgegangen, als schwere Menschenrechtsverletzungen wie außergerichtliche Überstellung, rechtswidrige und unbefristete Inhaftierung und Folter sowie Massenüberwachung von Bürgern ans Licht kamen – Maßnahmen, die allesamt im Namen der Sicherheit ergriffen wurden. Sowohl die Öffentlichkeit als auch die Gerichte in Europa, den Vereinigten Staaten und anderen Regionen übten Druck auf Regierungen aus, bei der Bekämpfung des Terrorismus die grundlegenden Menschenrechte zu achten. Seit den Anschlägen in Paris hat sich die öffentliche Meinung zugunsten verstärkter Sicherheitsmaßnahmen gewandelt, dennoch bestehen nach wie vor erhebliche Bedenken im Hinblick auf die Grundrechte. Wir unterstützen uneingeschränkt das Mandat des UN-Sonderberichterstatters zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Rahmen der Terrorismusbekämpfung.

1.1 Gewährleistung von Sicherheit und Gerechtigkeit unter Achtung der Grundrechte

Es kann keine Freiheit ohne Sicherheit geben, doch Sicherheit unter Missachtung von demokratischen Grundsätzen und Rechtsstaatlichkeit ist nicht hinnehmbar. Unseren Ausgangspunkt bildet das grundlegende europäische Prinzip, wonach keinerlei Einschränkung

von Grundrechten zu rechtfertigen ist, sofern sie nicht notwendig, verhältnismäßig, legitim und dazu geeignet ist, das Maß an Sicherheit zu bieten, das durch die Einschränkung erreicht werden soll.

1.2 Uneingeschränkte Nutzung und eingehende Bewertung aller derzeitigen Strategien der EU im Bereich der Sicherheit und Strafverfolgung

Nach den jüngsten Terrorangriffen in Europa wurde deutlich, dass beim Informationsaustausch in Bezug auf kriminaltechnische Erkenntnisse zwischen den Mitgliedstaaten – mitunter sogar zwischen verschiedenen Behörden innerhalb eines Mitgliedstaates – schwerwiegende Probleme bestehen. In der EU gibt es eine Vielzahl verschiedener Maßnahmen im Bereich der Strafverfolgung und justiziellen Zusammenarbeit. Wird jedoch das Potenzial dieser Maßnahmen nicht vollständig genutzt, werden die Bürgerinnen und Bürger womöglich unnötiger Gefahr ausgesetzt.

Die EU verfügt bereits über ein beeindruckendes Instrumentarium, was Sicherheits- und Strafverfolgungsmaßnahmen anbelangt. Allerdings werden die bestehenden Instrumente von den Mitgliedstaaten nicht ordnungsgemäß oder nicht vollständig genutzt. Neben eindeutigen Mängeln bei der Umsetzung ist auch der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten untereinander und auch zwischen Mitgliedstaaten und EU-Behörden (insbesondere Europol und Eurojust) unzureichend. Wir fordern daher die Durchführung einer gründlichen Bewertung aller derzeitigen Strategien, Maßnahmen und Instrumente der EU im Bereich der Sicherheit und Strafverfolgung, um zu ermitteln, welche von ihnen funktionieren, wo Schwächen liegen, ob Lücken oder Schlupflöcher bestehen und ob die Maßnahmen ordnungsgemäß umgesetzt und genutzt werden. Eine solche Bewertung ist von entscheidender Bedeutung, um in Erfahrung zu bringen, wo die Problemereiche liegen und ob und welche Art von neuen Maßnahmen notwendig sind.

Nach den jüngsten Terrorangriffen in Europa wurde deutlich, dass beim Informationsaustausch in Bezug auf kriminaltechnische Erkenntnisse zwischen den Mitgliedstaaten – mitunter sogar zwischen verschiedenen Behörden innerhalb eines Mitgliedstaates – schwerwiegende Probleme bestehen.

Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die unverzügliche Annahme des Datenschutzpakets, da die erforderliche weitergehende Zusammenarbeit im Hinblick auf die Strafverfolgung im Rahmen der Sicherheitsbemühungen der Union von Natur aus den Austausch personenbezogener Daten impliziert. Wir fordern eine weitere Vertiefung der justiziellen Zusammenarbeit auf Ebene der Richter und Staatsanwälte sowie die Förderung von gegenseitigem Vertrauen und die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen.

Wir werden die Anstrengungen zur Verstärkung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich im Kampf gegen den Terrorismus innerhalb Europas und gemeinsam mit Drittstaaten unterstützen, werden uns dabei jedoch auch stets mit Nachdruck für eine uneingeschränkte gerichtliche Kontrolle, juristische Rechenschaftspflicht und die Einhaltung internationaler Rechtsvorschriften einsetzen.

1.3 Eine Strategie zu ausländischen Kämpfern aus Europa („European Foreign Fighters“) und „daheimgebliebenen“ Unterstützern von ISIS

Wir fordern eine sorgfältige Bewertung der Ursachen des neuen Phänomens „ausländischer Kämpfer“, die eigentlich „europäische Kämpfer“ genannt werden sollten, und eine Einschätzung dessen, inwieweit Europa die Verantwortung für die Handlungen seiner Bürgerinnen und Bürger übernehmen muss. Wir können dieses Phänomen wirksam bekämpfen und versuchen, unsere Bürgerinnen und Bürger davon abzuhalten, sich terroristischen Strukturen im Ausland überhaupt erst anzuschließen. Zudem fordern wir eine Bewertung dessen, welchen Einfluss zurückkehrende Bürgerinnen und Bürger haben. Solange die Rückkehrer als Sicherheitsrisiko gelten, müssen die Rückkehrbewegungen überwacht werden. Hierbei spielen Grenzkontrollen und der Einsatz des SIS-II-Systems an den Außengrenzen der Union eine wichtige Rolle. Wir weisen zudem darauf hin, dass das bereits bestehende Advanced Passenger Information System (API-System) wertvolle Informationen über in die Union einreisende Flugpassagiere liefert. Es ist gleichermaßen wichtig,

Einzelpersonen juristisch zur Rechenschaft zu ziehen, aber auch irregeleiteten Menschen zu helfen, sich wieder in die europäische Gesellschaft und das europäische Wertesystem zu integrieren.

Derzeit liegt der Schwerpunkt vor allem auf den Gefahren, die von Kämpfern ausgehen, die aus dem Irak oder Syrien zurückkehren. Wir müssen uns jedoch auch der wachsenden Bedrohung durch radikalisierte Personen stellen, die ihre Heimat niemals verlassen haben. Diese „Daheimgebliebenen“ sind bisweilen frustriert, weil es ihnen nicht gelungen ist, sich dem Kampf im Nahen Osten anzuschließen. Womöglich hatten sie auch nie die Absicht, in den Kampf zu ziehen, werden jedoch zu Hause durch die Propaganda von Gruppen wie dem „Islamischen Staat“ radikalisiert. Die Möchtegern-Dschihadisten stellen eine Bedrohung dar, da sie auf Anweisung von Führern des „Islamischen Staates“ Anschläge in der Heimat als Reaktion auf Luftangriffe auf von ihnen kontrollierte Gebiete verüben könnten. Diese Menschen fühlen sich einer Gruppe nahe, der sie nicht angehören, und könnten letztendlich gewalttätige Straftaten begehen. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Profile sind sie nur schwer zu identifizieren: Es könnten Menschen mit hohem Bildungsstand oder auch Schulabbrecher sein, religiöse Menschen oder solche, die das Abenteuer suchen. Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten auf, den Informationsaustausch zu verbessern und das Misstrauen und die mangelnde Bereitschaft für eine noch engere Zusammenarbeit zu überwinden.

1.4 Für eine Sammlung von Fluggastdatensätzen in Europa im Einklang mit dem EU Recht

Wir glauben, dass die Übermittlung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records, PNR) der Fluggesellschaften über in Europa einreisende und aus Europa ausreisende Passagiere dazu beitragen kann, terroristische und erstzunehmende transnationale kriminelle Netze zu zerschlagen. Allerdings ist dies weder Wunderwaffe noch Allheilmittel. Wir stehen daher einer solchen Sammlung von Fluggastdatensätzen offen gegenüber,

solange sie unter Einhaltung hoher Datenschutzstandards und im Einklang mit dem Primärrecht sowie der jüngsten Rechtsprechung der EU – insbesondere dem Urteil des Gerichtshofs zur Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung – erfolgt.

1.5 Konzentration der EU auf Cybersicherheit dringend erforderlich

Da Häufigkeit, Ausgereiftheit und Zerstörungspotenzial von Cyberbedrohungen und -angriffen immer weiter zunehmen, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene eine Strategie zur Cybersicherheit entwickeln, um sich dieser wachsenden Herausforderung zu stellen. Daher sind wir der festen Überzeugung, dass die Entwicklung angemessener Strategien zur Verteidigung gegen Cyberbedrohungen zu einem integralen Bestandteil der Anti-Terror-Strategie der EU werden sollte. Ferner halten wir es für wichtig, dass Unternehmen und Behörden ausreichend Ressourcen für den Schutz ihrer digitalen Infrastruktur bereitstellen.

Wir fordern, dass die EU zu einer Plattform für die gemeinsamen Anstrengungen der Mitgliedstaaten im Bereich der Cybersicherheit wird. Die EU muss eine weitaus bedeutendere Koordinierungsrolle einnehmen, die über das derzeitige Festlegen von Mindeststandards in Bezug auf Straftaten hinausgeht. Die Erleichterung der Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung durch Europol, unter anderem mithilfe des neu geschaffenen Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, ist zu begrüßen, reicht jedoch nicht aus. Es ist unmöglich, der Bedrohung durch Cyberangriffe mit rein „nationalen“ Cyberverteidigungsmaßnahmen und -strategien Herr zu werden, denn der Cyberspace ist eine weltweite Sphäre und Angriffe können sogar von Übersee aus verübt werden. Darüber hinaus unterstreichen wir die Bedeutung von technologischen Innovationen, Forschung und Fachkenntnissen und fordern deshalb, dass dieser Bereich in den kommenden Jahren von der EU umfangreicher finanziert wird.

1.6 Schutz des freien Personenverkehrs, ein zentraler Wert der Union

Laut einer aktuellen Erklärung von FRONTEX besteht kein Zusammenhang zwischen Terrorismus und Migration. Die Sozialdemokraten lehnen es ab, Konfliktthemen und Terrorismusprobleme ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Migrationskontrolle zu sehen, und werden der Bekämpfung von Gewalt, der Rettung von Menschenleben und der Förderung der Menschenrechte innerhalb der EU und in unseren Beziehungen mit anderen Ländern stets höchste Priorität beimessen.

Wir ersuchen die EU-Mitgliedstaaten, die Schengen-Übereinkommen vollumfänglich zu nutzen und ihre Zusammenarbeit in diesem Bereich drastisch zu erhöhen, anstatt den freien Personenverkehr zu gefährden, der eine der wichtigsten Freiheiten der Union darstellt. Wir lehnen daher Vorschläge zur Aussetzung des Schengener Systems ab und rufen die Mitgliedstaaten stattdessen auf, die bestehenden Regeln, die bereits die Möglichkeit einer vorübergehenden Einführung von Dokumentenkontrollen umfassen, zu verschärfen und das SIS-II- und das VIS-System besser zu nutzen. Die im Schengener Grenzkodex dargelegten Grundsätze und Regeln zur Durchführung gezielter Kontrollen von Personen beim Überschreiten der Außengrenzen sollten ordnungsgemäß umgesetzt werden, wo und wann immer dies notwendig ist.

Abschließend fordern wir die EU auf, die Frage der elterlichen Einwilligung für Minderjährige, die das Staatsgebiet ihres Wohnmitgliedstaates verlassen, auf die Tagesordnung zu setzen. Der Grundsatz der elterlichen Einwilligung wird derzeit EU-weit uneinheitlich angewendet. Es muss eine ernsthafte Debatte in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen geführt werden, um zu bewerten, ob eine verpflichtende Einwilligung auf EU-Ebene notwendig ist.

Wir ersuchen die EU-Mitgliedstaaten, die Schengen-Übereinkommen vollumfänglich zu nutzen und ihre Zusammenarbeit in diesem Bereich drastisch zu erhöhen, anstatt den freien Personenverkehr zu gefährden, der eine der wichtigsten Freiheiten der Union darstellt.

2. DIE SOZIALE KLUFT IN EUROPA ÜBERWINDEN: Prävention und deradikalisierung, soziale eingliederung und bildung

Eine Debatte über die Beweggründe junger Europäer, die nach Syrien, in den Irak oder andere Kriegsgebiete ausreisen oder aus solchen Gebieten zurückkehren, muss oberste Priorität haben. Die EU muss sich die unbequeme Frage stellen, warum für so viele junge Menschen eine Ideologie, die Massenthauptungen und Sklavenarbeit befürwortet und Frauenrechte verweigert, anziehender ist als alles andere, was in Europa geboten wird.

Obwohl die aus Europa stammenden ausländischen Kämpfer keine monolithische Gruppe bilden, besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Radikalisierung und einem Gefühl der Entmündigung junger Menschen, das zwar nicht notwendigerweise durch Armut verursacht wird, seinen Ursprung jedoch in Hoffnungslosigkeit, Misstrauen gegenüber der Demokratie, Erfahrungen von Diskriminierung und Intoleranz und Desillusionierung hat. Bei der Entwicklung von Strategien zur Prävention und Deradikalisierung müssen wir uns vor Augen halten, dass Radikalisierung ein komplexer Prozess ist, der mindestens vier Aspekte umfasst: Identität, Religion, die sozioökonomische Dimension und Geopolitik. Die Sozialdemokratische Fraktion befürwortet einen umfassenden, sektorübergreifenden Ansatz, bei dem sichergestellt ist, dass die Aspekte Aus- und Weiterbildung, Integration/soziale Eingliederung, die Medien, Haftanstalten, der Gesundheitssektor und Resozialisierung allesamt berücksichtigt werden.

2.1 Stärkung der Rolle der Eltern

Junge Menschen haben häufig Probleme im Hinblick auf ihre Identität und Zugehörigkeit, ganz gleich, welcher Religion sie angehören. Aufgrund der unter Jugendlichen häufig auftretenden Identitätskrisen sucht die junge Generation nach Anerkennung und Wertschätzung, zumeist in der Schule, im Sport oder in der Kunst, aber häufig auch in der Kriminalität, der Rebellion gegen gesellschaftliche Normen oder in der Religion. In vielen Fällen identifizieren sich radikalisierte Jugendliche mit einer Gegenkultur, die zumindest Vorbehalte gegen das „Establishment“ hegt oder dieses sogar gänzlich ablehnt.

Wir befürworten einen gemeinschaftsorientierten Ansatz, der eine Zusammenarbeit mit der Familie, als dem primären sozialen Umfeld, erfordert. Die Eltern spielen bei der Verhinderung der Radikalisierung eine ganz entscheidende Rolle. In den meisten Fällen sind sie die Ersten, die frühe Symptome einer Selbstisolierung ihrer Kinder erkennen. Die Eltern haben Einfluss auf ihre Kinder und wollen sie vor Schaden bewahren, weshalb es von entscheidender Bedeutung ist, ihre Rolle zu stärken. Eltern müssen Zugang zu allen benötigten Informationen, sowie die Möglichkeit haben, sich zu jedem Zeitpunkt an Fachleute und Sozialarbeiter – nicht nur die Polizei – zu wenden. Die Mitgliedstaaten sollten Hotlines für Eltern und auch für Kinder und Jugendliche einrichten, die Zeichen einer Radikalisierung innerhalb ihrer Familie oder ihres Bekanntenkreises erkennen. Wir fordern die Einführung gezielter Schulungsmaßnahmen, um die Rolle von Eltern und Lehrern zu stärken, sowie von Beratungsangeboten für Kinder und Eltern an Schulen.

2.2 Frauen und Radikalisierung

Die Zahl junger europäischer muslimischer Frauen, die von Terrorgruppen radikalisiert und rekrutiert werden, steigt immer weiter an. Viele der in Europa lebenden Frauen, die sich diesen Gruppen anschließen, stammen aus schwierigen familiären Verhältnissen und

sehen dies als Lösung, um vor kulturellen Zwängen zu fliehen. All dies macht junge muslimische Frauen anfällig für radikale Ideologien. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen dieses Problem an der Wurzel angehen, indem sie weitreichende Programme unterstützen, die junge europäische Musliminnen in ihrem Streben nach mehr Gleichstellung zu fördern, Unterstützungsnetzwerke und -plattformen zu bieten, über die diese jungen Frauen sich ohne Gefahr Gehör verschaffen können, und letztendlich dazu beizutragen, ein Umfeld der Sicherheit und der Hoffnung für sie zu schaffen.

Darüber hinaus muss die EU solche Programme fördern, die zu einem besseren Verständnis für die Haltung des Islam gegenüber Frauen beizutragen, wozu es Bildung, öffentlicher Teilhabe und der Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger bedarf. Erreicht werden kann dies durch die Unterstützung von und Arbeit mit muslimischen Gruppen, die über die Glaubwürdigkeit verfügen, für einen Wandel in ihren Gemeinschaften zu sorgen.

2.3 Den Familien der Opfer eine Stimme geben

Überlebende von Terrorangriffen und Angehörige von Opfern, die ihr Leben verloren haben, sind glaubwürdige Stimmen, um den Botschaften gewalttätiger Extremisten etwas entgegenzusetzen. Sie tragen dadurch zu einer toleranteren und offeneren Gesellschaft bei. Wir fordern, dass die EU die Finanzmittel für Projekte und Aktionen zur Hilfe und zum Schutz von Terroropfern erhöht.

2.4 Bekämpfung extremistischer Narrative und Propaganda im Internet

Neue Massenkommunikationstechnologien sind überaus wirksam, um radikale Minderheitenansichten einem großen, internationalen Publikum nahezubringen. Es ist dringend notwendig, die im Hinblick auf Internet und Rekrutierung zugrunde liegenden Faktoren anzugehen. Im Zeitraum zwischen September und

Junge Menschen haben häufig Probleme im Hinblick auf ihre Identität und Zugehörigkeit, ganz gleich, welcher Religion sie angehören. Aufgrund der unter Jugendlichen häufig auftretenden Identitätskrisen sucht die junge Generation nach Anerkennung und Wertschätzung, zumeist in der Schule, im Sport oder in der Kunst, aber häufig auch in der Kriminalität, der Rebellion gegen gesellschaftliche Normen oder in der Religion.

Dezember 2014 wurden mindestens 46 000 Twitter-Accounts von ISIS-Unterstützern genutzt, auch wenn nicht alle zur gleichen Zeit aktiv waren. Wir müssen die Verbreitung terroristischer Propaganda in den sozialen Medien erschweren. Es wird jedoch niemals möglich sein, sie gänzlich aus dem Internet zu verbannen.

Auch wenn der Begriff „Propagandakrieg“ abgelehnt wird, so hat die EU ihrerseits dennoch die Pflicht, in ihrer gesamten Kommunikation – unter anderem auch über soziale Medien, die per definitionem Grenzen überschreiten – alternative Konzepte zum Terrorismus zu bieten. Des Weiteren rufen wir Wirtschaftsakteure im Bereich des Internets, die sozialen Plattformen und Werbeagenturen auf, alternative, positive Botschaften zu verbreiten, welche die junge Generation ansprechen und der ISIS-Propaganda entgegenwirken. Es sollte eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, um die Arbeit an verschiedenen Themen zu koordinieren. Dazu zählen der Zugang, die Löschung von Inhalten, die Sicherstellung eines angemessenen Gleichgewichts zwischen dem Schutz der freien Meinungsäußerung und der Verhinderung von Aufrufen zur Gewalt unter vollständiger Einhaltung der UN-Leitprinzipien und Zusammenarbeit mit Justizbehörden. Diese Maßnahmen dürfen nicht genutzt werden, um gegen Andersdenkende und Kritiker vorzugehen.

Wir fordern die EU mit Nachdruck auf, die Finanzmittel für Programme (unter anderem von NRO, der Zivilgesellschaft und kommunalen Medienorganisationen) zu erhöhen, um durch Sport und Kultur positive Identifikationsmöglichkeiten zu fördern. Wir müssen Aktivisten unterstützen, die zu Partnern von Netzwerken und Gemeinschaften werden und alternative „virale“ Botschaften einbringen können.

2.5 Zeugenberichte von desillusionierten Rückkehrern und ehemaligen Extremisten verbreiten

Wir brauchen eine Strategie für den Umgang mit jungen Menschen, die desillusioniert von ihrem Einsatz bei ISIS zurückkehren.

Die Kommission und der Auswärtige Dienst müssen dringend tätig werden und eine EU-Strategie für den Umgang mit Rückkehrern aus Syrien, dem Irak und anderen Kriegsgebieten entwickeln. Maßnahmen wie das Konfiszieren von Pässen und der Entzug der Unionsbürgerschaft werden das Problem nicht lösen. Die gefährlichsten Rückkehrer sind die, die eine kriminelle Vorgeschichte haben.

Erfahrungsberichte aus erster Hand von enttäuschten Rückkehrern sind von entscheidender Bedeutung, wenn wir der Propaganda von ISIS etwas entgegensetzen wollen. Beschreibungen des alltäglichen Lebens und der Zukunft unter ISIS können sich als wirksames Instrument erweisen. Doch desillusionierte Rückkehrer sind oftmals erheblichen Risiken ausgesetzt, unter anderem Todesdrohungen von ISIS. Daher muss ein Zeugenschutzprogramm geschaffen werden. Hierbei können wir auf den Erfahrungen von Mitgliedstaaten aufbauen, die maßgeschneiderte Instrumente gegen die Bedrohungen des organisierten Verbrechens und der Mafia entwickelt haben.

Neben einem angemessenen Schwerpunkt auf der Resozialisierung Einzelner sollten die Botschaften, die von diesen Personen ausgehen, auch Ausdruck dessen sein, wie wir unsere eigene Verantwortung verstehen, Diskriminierung zu bekämpfen und allen betroffenen Gemeinschaften eine Chance auf wirkliche Eingliederung in das soziale und wirtschaftliche Leben zu bieten.

2.6 Machtkämpfe und Rivalität zwischen Terroristen offen legen

Ein Weg, um eine Terrororganisation zu besiegen, besteht darin, sie dazu zu bringen, sich selbst zu besiegen und zu zerstören. Rivalität und Konkurrenz zwischen Terrorgruppen treten nicht nur im Wettstreit um Anhänger zwischen ISIS oder Al-Qaida deutlich zutage, sondern auch in den Kampfgebieten in Syrien, Irak oder anderen Gegenden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten können dazu beitragen, die terroristische Bedrohung zu verringern, indem sie

aufzeigen, dass diese Gruppen nicht das sind, was sie vorgeben zu sein. Sie sind keine Ritter unter dem Banner des Propheten. Sie sind Kriminelle und Mörder, die Machtkämpfe untereinander führen.

Die Mitgliedstaaten müssen die zunehmenden Berichte von internen Machtkämpfen und Konflikten innerhalb von ISIS publik machen. Dazu kann es auch notwendig sein, bestimmte Informationen zu veröffentlichen, die traditionell als geheimdienstliche Informationen angesehen wurden. Ideologische Klüfte tun sich jedoch häufig entlang ethnischer Linien auf. Es wäre kontraproduktiv, ethnische Spaltungen im Kampf gegen den Terrorismus herauszustellen.

Wir fordern die EU auf, eine Partnerschaft zwischen Regierungen und den Medien für bessere und präzisere Hintergrundinformationen über terroristisch motivierte Aktivitäten zu fördern. Die Berichterstattung sollte weniger von einer ständigen Wiederholung grausamer Szenen, Panikmache und Sensationsgier geprägt sein, sondern den Schwerpunkt eher auf die Bereitstellung ausgewogener und neutraler Informationen legen. Journalisten haben eine wichtige Verantwortung zur Stärkung der Demokratie und Meinungsfreiheit, sollten jedoch unethische Praktiken und Sensationslust vermeiden.

Wir sollten uns vor Augen führen, dass terroristische Gruppen für gewöhnlich keine monolithischen, strukturierten Organisationen, sondern lose Netzwerke verschiedenartiger Gruppen mit unterschiedlichen Hinter- und Beweggründen sind. Ein Ziel unserer Außen- und Sicherheitspolitik sollte darin bestehen, aktiv die Verbindungen bestimmter Gruppen zum Terrorismus zu kappen und sie davon abzuhalten, sich diesem überhaupt erst anzuschließen.

2.7 Deradikalisierung und Resozialisierung in Gefängnissen

Wir müssen Programme zur Bekämpfung der Radikalisierung in Gefängnissen entwickeln und überwachen. Dazu sollten Überwachung sowie die Untersuchung und Verfolgung von Straftaten zählen, aber auch „weiche“ Maßnahmen wie die Resozialisierung durch Beratungsgebote, insbesondere im spirituellen und religiösen Bereich.

Die EU-Mitgliedstaaten sollten die notwendigen finanziellen Mittel, insbesondere für die Schulung von Fachpersonal in Gefängnissen, bereitstellen. Wenn Gefängnismitarbeiter mögliche Rekrutierungsmaßnahmen vermuten oder entsprechende Anzeichen erkennen, muss dem unverzüglich auf möglichst angemessene und gesetzeskonforme Weise nachgegangen werden. Die Isolation von Häftlingen ist eine reaktive, keine präventive Lösung. Überbelegung und personelle Unterbesetzung können die Bedingungen weiter verschlechtern, die zur Radikalisierung führen.

Deradikalisierungs- und Resozialisierungsprogramme in Gefängnissen müssen qualifikationsorientierte Schulungsmaßnahmen umfassen. Ehemalige Extremisten und Straftäter haben es sehr schwer, nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Daher müssen wir unsere Anstrengungen deutlich erhöhen und eine kohärente Strategie entwickeln, um diesen Personen gezielt qualifikationsorientierte Schulungsmaßnahmen zu bieten, die es ihnen ermöglichen, als produktive und ihren Beitrag leistende Mitglieder in die Gesellschaft zurückzukehren.

2.8 Religiöse Toleranz und Vielfalt als Mittel zur Stärkung der Integration

Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, darüber nachzudenken, wie Religion im Allgemeinen gelehrt wird.

Berichte über aus Europa stammende ausländische Kämpfer, die sich mit Büchern wie „Islam für Dummies“ und „Koran für Dummies“ auf den Kampf vorbereiteten, zeigen ein unzureichendes Verständnis der Rolle der Religion bei der Radikalisierung (und Deradikalisierung). Wir müssen die Inhalte der religiösen Überzeugungen von Extremistengruppen verstehen, um ihrer negativen Botschaft entgegenzuwirken. Ein solches besseres Verständnis kann erreicht werden, indem Lehrkräfte, Familien und Moscheen darin unterstützt werden, den religiösen und interkulturellen Dialog zu erleichtern, Kinder und Jugendliche die Geschichte der Religion und Medienkompetenz zu lehren, auf die Bedürfnisse von Schülern aus unterschiedlichen Umfeldern einzugehen, gemeinsame grundlegende Werte zu vermitteln und Rassismus und Intoleranz zu verhindern und zu bekämpfen.

Wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, mehr öffentliche Mittel für Schulungsmöglichkeiten für Gelehrte und Imame in Europa bereitzustellen, um Orientierungs- und Verständnishilfen innerhalb eines europäischen Kontextes zu bieten.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich vor Augen halten, dass auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft Vielfalt herrscht. Die EU sollte Gespräche mit und zwischen den verschiedenen Strömungen und Konfessionen innerhalb des Islams fördern und eine Partnerschaft zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus aufbauen, insbesondere mit der Organisation für Islamische Zusammenarbeit.

2.9 Glaubens- und Meinungsfreiheit

Wir unterstützen die Glaubensfreiheit und denken nicht, dass einer bestimmten Religion Einschränkungen auferlegt werden sollten. Bei

der Ergreifung von Maßnahmen gegen Hasstiraden und Anstiftung zum Terrorismus muss die Meinungsfreiheit respektiert werden. Dabei müssen wir sicherstellen, dass entsprechende Maßnahmen nicht zu einer Entfremdung oder Schikanie bestimmter Gemeinschaften führen oder das Vertrauen und die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Strafverfolgungsbehörden untergraben.

Muslimen stehen in unverhältnismäßiger Weise im Fokus; sie sind bereits vielerorts Opfer von Diskriminierung und Islamfeindlichkeit. Muslime gibt es in Europa seit dem 7. Jahrhundert. Im sächsischen Dresden, der Hochburg der Islamgegner von PEGIDA, machen Muslime nur einen Anteil von 0,1 % der Bevölkerung aus. Die Kommission muss sich dringend mit der wachsenden Tendenz der Intoleranz und Diskriminierung in der EU auseinandersetzen. Wir werben schon seit Langem für eine umfassende EU-weite Richtlinie gegen Diskriminierung, einschließlich der religionsbedingten Diskriminierung.

Die Sozialdemokraten werden dafür Sorge tragen, dass die Auswirkungen des Europäischen Sozialfonds, der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen auf muslimische Gemeinschaften bewertet wird und Schritte unternommen werden, damit diese Instrumente diese Gemeinschaften besser erreichen – zur Bekämpfung des Terrorismus und um ihrer selbst willen.

Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, mehr aktive Programme zur sozialen Eingliederung und Vermittlung von Arbeitsplätzen umzusetzen, um Jugendarbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Ungleichheiten und soziale Ausgrenzung tatsächlich zu bekämpfen.

Viele Menschen mit psychischen Problemen suchen aufgrund der damit verbundenen Stigmatisierung keine Beratung, medizinische Behandlung oder Unterstützung vonseiten der Familie. Wir müssen deutlich machen, dass diese Menschen das Ziel von Extremisten sein können.

Wir fordern die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, mehr öffentliche Mittel für Schulungsmöglichkeiten für Gelehrte und Imame in Europa bereitzustellen, um Orientierungs- und Verständnishilfen innerhalb eines europäischen Kontextes zu bieten.

2.10 Die sozioökonomische Dimension

Im Rahmen der Prävention müssen auch die grundlegenden Ursachen von Radikalismus bekämpft werden. Radikalisierung und Terrorismus werden zwar nicht direkt durch sozioökonomische Probleme verursacht, dennoch besteht ein Zusammenhang zwischen Benachteiligung, sozialer Ausgrenzung, Bandenkultur, zunehmenden Ungleichheiten und Diskriminierung einerseits und Radikalisierung andererseits. Perspektivlosigkeit und mangelnde Möglichkeiten im Vergleich zu den Erwartungen sowie psychische Probleme können die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Menschen sich von radikalen Ideen angezogen fühlen.

Die Austeritätsmaßnahmen hatten womöglich einen Einfluss auf die Radikalisierung, indem sie Ungleichheiten und Arbeitslosenzahlen, insbesondere unter jungen Menschen, erhöhten, was ein Gefühl der kollektiven Frustration nach sich zog. Arbeitslosenzahlen können Diskriminierung am Arbeitsmarkt widerspiegeln. Wir müssen gegen soziale Ausgrenzung als potenzielle Ursache für Radikalisierung vorgehen. Diejenigen, die keine Verantwortung für eine Familie, keine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle haben, sind offener für radikale Vorstellungen. Ein Gefühl der Ausgrenzung kann ein Umfeld schaffen, in dem Einzelne anfälliger für radikale Ideen werden.

2.11 Die politische Rolle stärken und das Vertrauen der Gemeinschaft gewinnen

Wir müssen uns über den Zusammenhang zwischen Unterrepräsentierung und dem Radikalisierungsprozess im Klaren sein. Meinungsbildend in der muslimischen Gemeinschaft sind die Persönlichkeiten, die von der Gemeinschaft selbst ausgewählt werden. Viele Initiativen, etwa die zum interreligiösen Dialog, tragen zwar zu einer toleranteren Gesellschaft bei, aber wenn es um politische Themen geht, so haben diese Initiativen bislang versagt. Wir benötigen umfassendere Forschung und Daten zur politischen Repräsentation von Bürgerinnen und Bürgern, deren Wurzeln in muslimischen Ländern liegen. Progressive Parteien können mit gutem Beispiel vorangehen und die Vielfalt fördern, etwa beim Aufstellen ihrer Kandidatenlisten für europäische und nationale Wahlen oder indem sie Möglichkeiten und Praktika bieten und Vorbilder als zentrale Personen zur Förderung der Teilhabe nutzen.

„Europa spielt eine entscheidende rolle. Nur durch zusammenarbeit können unsere regionen die quellen der terrorismusunterstützung zum versiegen bringen und deren absichten besiegen.“

Rede von
Seiner Majestät König Abdullah II. Ibn Al-Hussein
Europäisches Parlament, Straßburg am 10. März 2015

3. ■ NEUGESTALTUNG DER EU-AUßENPOLITIK ANGESICHTS DER HERAUSFORDERUNG DES TERRORISMUS

Der Kampf gegen den Terrorismus kann nur auf globaler Ebene vorangebracht werden, und zwar im Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen Nationen und regionalen sowie internationalen Gremien, die sich mit den Themen Sicherheit, Menschenrechte und anderen Aspekten der Außenbeziehungen befassen; hierzu zählen unter anderem die Europäische Union, die NATO, der Europarat, die OSZE, der UN-Menschenrechtsrat, die UN-Generalversammlung und der Hohe Kommissar für Menschenrechte.

Die EU sollte das Thema Terrorismusbekämpfung in ihren politischen Dialog und Menschenrechtsdialog mit Drittländern etablieren, um die eigenen europäischen Sicherheitsinteressen durch internationale Zusammenarbeit und die Umsetzung einschlägiger Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu fördern. Ein gemeinsamer Ansatz gegen Radikalisierung und zur Bekämpfung des Terrorismus sollte auf der Agenda internationaler Veranstaltungen, Konferenzen und Gipfeltreffen stehen, etwa beim UN-Gipfel über nachhaltige Entwicklungsziele (September 2015) und bei den EU-Afrika-Treffen.

Allerdings gibt es keine gemeinsame weltweite Definition für Terrorismus. Gemeinsame Anstrengungen mit Drittländern zur Terrorismusbekämpfung dürfen nicht dazu dienen, die politische Opposition zu unterdrücken oder gegen ethnische Minderheiten vorzugehen. Strategien zur Terrorismusbekämpfung müssen im Einklang mit den Menschenrechten stehen, damit gewährleistet ist, dass durch ihre Umsetzung nicht ihr eigentlicher Zweck, nämlich der Schutz und die Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaft, untergraben wird. Die Grundrechte und -freiheiten, die in Übereinkommen auf Ebene der Vereinten Nationen und auf europäischer Ebene festgelegt wurden, sind nicht verhandelbar. Zu ihnen zählt das Recht auf ein faires Verfahren, die Unschuldsvermutung sowie die uneingeschränkte Ablehnung der Anwendung von Folter gegenüber Gefangenen oder von unmenschlichen oder erniedrigenden Haftbedingungen.

Gleichzeitig sollten die Regierungen der EU-Staaten aus ihren Fehlern der Vergangenheit lernen und den Versuchungen eines kurzfristigen Konzepts gegen die terroristische Bedrohung widerstehen. Wie die Erfahrung des Arabischen Frühlings gelehrt hat, kann ein Tolerieren von Menschenrechtsverletzungen zur Wahrung der nationalen und regionalen Stabilität am Ende Gewalt, Chaos und Extremismus nur verstärken und nicht verhindern. Mit den herrschenden Regimes in den arabischen Ländern muss ein intensiver Dialog nicht nur über die Terrorismusbekämpfung, sondern auch über Menschenrechtsverletzungen sowie sektiererische und extremistische Auslegungen des Islams geführt werden. Jede strategische Anstrengung zur Terrorismusbekämpfung, bei der diese Realität ausgeblendet wird, ist zum Scheitern verurteilt. Kurzfristige Vorteile einer Kooperation mit diktatorischen Regimen dürfen nicht den Blick für die Risiken eines langfristigen Verlusts an Glaubwürdigkeit der EU in den Augen der arabischen und muslimischen Bevölkerung trüben. Gibt es keinen solchen ausgewogenen Ansatz, könnte die EU als Partner von Diktatoren angesehen werden, was den Extremisten sowohl in den muslimischen Ländern als auch in Europa wiederum als wirksames Rekrutierungsmittel dienen könnte.

3.1 Zusammenarbeit und Dialog

Internationale Kooperation im Bereich der Terrorismusbekämpfung

umfasst die Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen von Ländern. Die Partner in diesem Bestreben sind zuallererst die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie langjährige demokratische Verbündete, einschließlich, aber nicht beschränkt auf verbündete NATO-Staaten.

Die Zusammenarbeit mit den Ländern der Arabischen Liga und des Golfkooperationsrats zur Terrorbekämpfung kann nur dann langfristig wirksam sein, wenn sie auf der Achtung der Menschenrechte gründet und von politischen Reformen in diesen Ländern begleitet wird. Die EU muss die herrschenden Regime in diesen Ländern mit ihren Versäumnissen im Bereich der Staatsführung, den von ihnen gegenüber ihren Bürgern begangenen Menschenrechtsverletzungen und ihrer Rolle bei der Förderung von Sektierertum konfrontieren. Die Anti-Terror-Gesetze in einigen dieser Länder wurden kritisiert, den Effekt zu haben, die Opposition zum Schweigen zu bringen, religiöse Minderheiten zu diskriminieren und die Bürgerrechte von Minderheiten und Frauen zu verletzen. Kurzfristige Vorteile durch eine Anti-Terror-Zusammenarbeit mit diesen Regimes riskieren wieder zunichte gemacht zu werden, indem sie Verhältnisse weiter festigt, die zu einem Anstieg des Terrorismus führen. Die EU muss über transparente, robuste und uneingeschränkt rechtmäßige Mechanismen verfügen, um sicherzustellen, dass sie bei der gesamten Sicherheitszusammenarbeit mit diesen Ländern im Kampf gegen den Terrorismus nicht zur Mittäterin bei Menschenrechtsverletzungen wird.

Wir begrüßen die Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst und dem Generalsekretariat der Liga der Arabischen Staaten.

Wir begrüßen die Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst und dem Generalsekretariat der Liga der Arabischen Staaten. Diese zielt darauf ab, die Zusammenarbeit in politischen und sicherheitsrelevanten Fragen in den Bereichen Frühwarnung und Krisenreaktion zu verstärken, um den Terrorismus, das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen. Ein stärkeres Augenmerk sollte auf die Notwendigkeit gelegt werden, mögliche finanzielle Unterstützung aus arabischen Ländern für Terrororganisationen wie ISIS zu überwachen und zu bekämpfen; die EU sollte wirksamere Instrumente der Außenpolitik nutzen, um dieses Thema anzugehen.

Die Türkei ist aufgrund ihrer engen Beziehungen zur Europäischen Union und ihrer strategischen Lage in einer stark betroffenen Region

Die Türkei ist aufgrund ihrer engen Beziehungen zur Europäischen Union und ihrer strategischen Lage in einer stark betroffenen Region ein potenziell entscheidender Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Die EU sollte einen strategischen außenpolitischen Dialog mit der Türkei führen, unter anderem zum Thema Terrorismusbekämpfung.

ein potenziell entscheidender Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Die EU sollte einen strategischen außenpolitischen Dialog mit der Türkei führen, unter anderem zum Thema Terrorismusbekämpfung. Die Türkei sollte entschieden dazu aufgefordert werden, eine zentrale Rolle zu übernehmen, um den Strom von sowohl türkischen als auch ausländischen Kämpfern, die sich ISIS oder al-Nusra (dem syrischen Ableger von Al-Qaida) anschließen, zu unterbinden und sektiererische Tendenzen im Land selbst zu bekämpfen. Europa sollte anerkennen, dass die Türkei selbst ein Opfer von Terrorismus war, und sich bewusst sein, wie wichtig der derzeitige Friedensprozess mit der PKK ist und welchen enormen Beitrag das Land leistet, indem es Flüchtlinge aus Syrien aufnimmt.

Der Iran hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, die Vorstöße von ISIS im Irak zurückzudrängen, indem er die Regierung in Bagdad und die kurdischen Peschmerga in Irakisch-Kurdistan unterstützt hat. Wir hoffen zutiefst, dass das Rahmenabkommen mit dem Iran über das Atomprogramm zu einer endgültigen und umfassenden Einigung führen wird und somit Kanäle für einen Dialog über die Unterbindung der finanziellen Unterstützung von terroristischen Organisationen in der Region öffnen kann. Dadurch würden sich neue Möglichkeiten für einen Dialog über die regionalen Themen eröffnen, unter anderem über die Frage der Unterstützung des Regimes von Baschar al-Assad, der Hisbollah und der Hamas durch den Iran. Um diese und weitere reichende Ziele zu erreichen, haben die Sozialdemokraten stets für ein Nuklearabkommen und für eine Zusammenarbeit mit dem Iran argumentiert, und wir sind – trotz der zahlreichen Schwierigkeiten – zuversichtlich, dass unsere Zielsetzungen realisiert werden können.

Vor dem Hintergrund jüngster Gräueltaten in Nigeria und Kenia appellieren wir an den EAD, seinen Dialog mit der Afrikanischen Union im Bereich der Sicherheitspolitik mit einem Schwerpunkt auf Terrorismusbekämpfung fortzuführen.

Darüber hinaus sollte die EU ihre Anti-Terror-Zusammenarbeit weltweit mit einer Reihe anderer Länder ausweiten, unter anderem mit Indien, Pakistan, Russland, China, Israel, der Palästinensischen Autonomiebehörde und den ASEAN-Mitgliedstaaten.

Organisationen zur regionalen Zusammenarbeit wie die OSZE sollten bei den gemeinsamen Anstrengungen zur Terrorismusbekämpfung eine zentrale Rolle spielen. Diese Organisation kann dank ihrer Sachkenntnis in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenmanagement und Frühwarnung zu den weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus beitragen. Zahlreiche derzeitige Anti-Terror-Maßnahmen wie Polizeiausbildung und Grenzüberwachung in Konfliktgebieten werden durch Tätigkeiten der OSZE unterstützt.

Die Sozialdemokraten werden darauf drängen, dass bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich der Terrorismusbekämpfung eine regelmäßige Überprüfung der Terrorismusbekämpfung im Kontext des Menschenrechtsdialogs sowie eine spezifische Prüfung von Anti-Terror-Gesetzen und deren Umsetzung im Hinblick auf die Einhaltung der internationalen Menschenrechtsvorschriften durchgeführt wird und dass bei jeglicher Zusammenarbeit mit Sicherheitskräften verpflichtend eine Schulung in Menschenrechtsfragen vorgeschrieben wird. Die Sicherheitskräfte wiederum müssen explizit im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte überwacht und bewertet werden.

Die Sozialdemokratische Fraktion sollte den EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte auffordern, die Meinungsfreiheit, die Religions- und Glaubensfreiheit sowie andere universelle Werte weiterhin zu verteidigen und zu fördern.

3.2 Den extremistischen Darstellungen entgegenwirken

Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die Sozialdemokraten betonen, wie wichtig eine Neubelebung des EU-Beitrittsprozesses der Türkei ist, der die Anstrengungen des Landes zur Terrorismusbekämpfung nur voranbringen und zudem zeigen kann, dass ein mehrheitlich muslimisches Land einen festen Platz in der Zukunft Europas hat.

Damit die Anstrengungen zur Terrorismusbekämpfung wirksam sind, muss gegen die ideologischen Darstellungen vorgegangen werden, die die Grundlage der Handlungen von Extremistengruppen sind. Diese Gruppen gedeihen auf der Basis der falschen Dichotomie von Muslimen gegen den Rest. Verstärkte EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf der Grundlage strenger aber fairer Bedingungen würden ein starkes Gegenargument gegen diese auf einem „Kampf der Kulturen“ basierende Propaganda bieten. Es würde zeigen, dass sich die EU nicht als einen „christlichen Club“ sieht, sondern als eine wertebasierte politische Gemeinschaft.

Auseinandersetzung mit dem politischen Islam

Aufgrund der anhaltenden Repressionen und Menschenrechtsverletzungen vieler Regime in der arabischen Welt sind zahlreiche ihrer Gegner überzeugt, dass rechtliche Instrumente und demokratische Politik bedeutungslos sind, weshalb sie sich von bewaffneten Gruppen eher angezogen als abgestoßen fühlen. Politische Islamisten haben sehr großen Rückhalt in den mehrheitlich muslimischen Gesellschaften. Die Geschichte der muslimischen Welt lehrt uns, dass es unmöglich ist, dem politischen Islam mit Gewalt ein Ende zu bereiten. Entsprechende Versuche laufen Gefahr, die weitverbreitete Überzeugung zu nähren, Europa wende in Bezug auf die Wahrung der Demokratie unterschiedliche Maßstäbe an.

Mit nicht gewalttätigen islamistischen Bewegungen sollte der Dialog gesucht werden. Solange sie keine Gewalt anwenden, sollten sie als politische Akteure in der muslimischen Welt akzeptiert werden. Als konservative Muslime können sie womöglich ein wirksames Gegenmittel gegen extremistische Bewegungen wie ISIS und Al-Qaida bieten.

Die Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, dass die Förderung des interreligiösen Dialogs in einzelnen Ländern, in Regionen, zwischen Europa und Drittländern und auf der ganzen Welt neue umfangreiche Impulse erhält.

3.3 Auseinandersetzung mit den zugrunde liegenden Faktoren

Die EU sollte von einem auf Frühwarnung basierenden Konzept hin zur Entwicklung von Kapazitäten zur schnellen Reaktion übergehen. Die EU sollte bei ihren Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus auch die tiefen sozioökonomischen und kulturellen Wurzeln dieses Phänomens ermitteln und sich verstärkt mit diesen auseinandersetzen. Des Weiteren sollte die EU die Art der politischen Systeme in den Staaten, mit denen sie zusammenarbeitet, berücksichtigen, um die Achtung der Grundsätze der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie sicherzustellen.

Die grundlegenden Ursachen von Terrorismus liegen häufig in Diktatur, Unterdrückung, Korruption, schlechter Staatsführung, Menschenrechtsverletzungen, mangelnden politischen und bürgerlichen Freiheiten, Sektierertum und intoleranten religiösen Ideologien. Vergangene Interventionen in der muslimischen Welt und die israelische Siedlungspolitik sind Elemente, die bei vielen Muslimen sowohl in Europa als auch im Rest der Welt zunehmend ein Gefühl der Ungerechtigkeit hervorrufen können. Auch die muslimischen Gemeinschaften in Europa stehen dem nicht gleichgültig gegenüber.

Die Länder, die gewillt sind, bei der Terrorismusbekämpfung eine Rolle zu übernehmen – insbesondere diejenigen, in denen das Phänomen seinen Ursprung hat oder die als Ausbildungsorte genutzt werden –, sollten angehalten werden, selbst Verantwortung für die Verhinderung von Terrorismus zu übernehmen und „Rufe zur Waffe“ gegen die „Auferlegung“ westlicher Kultur oder Werte zurückzuweisen. In Nigeria ist beispielsweise die Gruppe Boko Haram aus diesem Misstrauen erwachsen – der Name bedeutet so viel wie „Bücher sind Sünde“, gemeint sind westliche Bücher. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder sind die ersten Opfer von Terrorismus und haben größtes Interesse daran, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten.

Die Intervention 2003 im Irak, die Bürgerkriege in Syrien und Libyen, die Unruhen im Jemen haben allesamt zu einem Zusammenbruch der staatlichen Autorität in diesen Ländern beigetragen. Dies schuf den Nährboden für terroristische Organisation, ihren Einfluss in weiten Gebieten von Libyen bis in den Irak zu etablieren und auszuweiten und so zu einer großen Bedrohung für die regionale und globale Sicherheit zu werden. Vor diesem Hintergrund rufen die Anwerber terroristischer Organisationen die Gemeinschaften in Europa auf, sich dem Kampf in Syrien, im Irak und anderswo anzuschließen.

Die Sozialdemokraten unterstreichen, dass Europa positiv zur Lösung von Konflikten beitragen muss, um Missständen zu begegnen, die zwar niemals Terrorismus rechtfertigen, aber zu seiner Unterstützung beitragen können.

3.4 Konfliktlösung und -prävention

Die Sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, dass der Kampf gegen den Terrorismus weiterhin eine der obersten Prioritäten im politischen Dialog zwischen der EU und Drittländern darstellen sollte.

Die Sozialdemokraten sind sich dessen bewusst, dass Terrorismus in fragilen und zerfallenden Staaten gedeiht. Europa hat sich als humanitärer Helfer bei Krisen als deutlich wirksamerer Akteur erwiesen als bei der Verhinderung oder Lösung von Konflikten in den

betroffenen Ländern. Libyen und Jemen führen uns auf traurige Weise vor Augen, dass die wohl beste Methode zur Terrorismusbekämpfung darin besteht, Länder vor dem Zerfall zu bewahren.

Wir plädieren für eine aktivere Nutzung der Instrumente der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um dem Terrorismus und jeglicher Kultur der Gewalt entgegenzuwirken. Europa muss aus seinen Fehlern der Vergangenheit lernen und weitaus größere Anstrengungen unternehmen, um die Staatsbildung in früheren Konfliktländern und fragilen Staaten zu fördern, um Sicherheits- und Justizorgane aufzubauen, die breite Unterstützung genießen und die Sicherheit sowie die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit verbessern können.

3.5 Entwicklungshilfe und Aufbau von Kapazitäten

Die EU ist der weltweit größte Geber auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, weshalb sie die Möglichkeit, aber auch die Verantwortung hat, ihre „weiche Macht“ gegen den Terrorismus einzusetzen. Die EU sollte den Wiederaufbauprozess in Staaten, die von den Krisen der letzten Jahrzehnte betroffen waren, unterstützen. Krisenstaaten wie Libyen, Syrien und Mali sind der ideale Nährboden für terroristische Aktivitäten und die Schleusung von Finanzmitteln.

Es ist von entscheidender Bedeutung, Sektoren wie Strafverfolgung, Strafjustiz, Sicherheit, Kriseninfrastruktur, Krisen- und Notfallhilfe, Grenzkontrollen, Luftsicherheit und strategische Kommunikation zu unterstützen. Allerdings muss Europa stets dafür sorgen, dass derartige und ähnliche Anstrengungen im Rahmen seines Stabilitätsinstruments unternommen werden, und darf nicht zulassen, dass Gelder von der Armutsbekämpfung im Zuge der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gemäß der DAC-Definition abgezweigt werden. Derartige Aktionen wären auf lange Sicht kontraproduktiv.

Die Bereitstellung angemessener Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe in Konfliktgebieten kann dazu beitragen, die Rekrutierung durch Terroristen oder die Verbreitung terroristischer Ideologien zu verhindern. Derartige Hilfen müssen finanzielle Unterstützung umfassen, um Familien zu ermöglichen, zusammenzubleiben, und Isolation sowie Ghettoisierung zu bekämpfen. Allerdings bedarf es auch Sachleistungen wie angemessene Bildungsangebote in Konfliktgebieten. Dies ist besonders in den Nachbarstaaten Syriens relevant, in denen zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen umfangreichere finanzielle Mittel erhalten sollten, um die Bildung junger Flüchtlinge im Libanon, in der Türkei und Jordanien zu verbessern.

Auf lange Sicht können die Entwicklungs- und Unterstützungsinstrumente helfen, Radikalisierung und Terrorismus

zu verhindern, indem die menschliche Entwicklung und die Entwicklung einer guten Staatsführung und demokratischer Institutionen in fragilen und armen Ländern gestärkt werden. Die Sahelzone erfordert besondere Aufmerksamkeit, da sie zu einer Region der Instabilität und Unsicherheit geworden ist, wo radikale Ansichten sich ausbreiten und Terrorismus zu einem Werkzeug wird, um eine Ideologie durchzusetzen.

Die EU muss in ihrer Entwicklungshilfe Prioritäten setzen, um verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte zu fördern, wirtschaftliche Ungleichheiten zu bekämpfen und Bildungsangebote bereitzustellen.

Entwicklungshilfe sollte der Schlüssel sein, um zum Aufbau staatlicher Kapazitäten beizutragen. Im Umgang mit undemokratischen und korrupten Regimen sollte die EU weiterhin besondere Vorsichtsmaßnahmen treffen, um die Umlenkung von Hilfen zu verhindern und die Zivilgesellschaft zu stärken. In Ländern wie der Zentralafrikanischen Republik, in denen GSPV-Missionen eingesetzt werden, fordern wir eine bessere Abstimmung mit den Tätigkeiten im Bereich der Entwicklungs- und Hilfspolitik.

Wir weisen darauf hin, wie wichtig eine ausreichende Finanzierung der Entwicklungspolitik ist, und erinnern die Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtung, 0,7 Prozent ihres BNI für die Entwicklungshilfe bereitzustellen. Dies ist besonders wichtig im Jahr 2015, wenn auf internationaler Ebene über die Ziele zur nachhaltigen Entwicklung und deren Finanzierung entschieden wird.

3.6 Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus bekämpfen

Radikalisierung, gewalttätiger Extremismus und Terrorismus haben sich weiterentwickelt und stellen für die EU eine immer größer werdende Herausforderung dar. Die Bedrohung geht nicht nur von großen organisierten Gruppen aus, sondern auch von kleineren Gruppen und Einzelpersonen. Das Internet wird zunehmend für die Rekrutierung und für Propagandazwecke von außerhalb der EU genutzt. Eine beträchtliche Anzahl von Europäerinnen und Europäern reist ins Ausland, um sich in Kampfgebieten ausbilden zu lassen und dort zu kämpfen – ein Prozess, in dessen Verlauf die Radikalisierung immer weiter voranschreitet. Diese Menschen stellen damit sowohl in den Konfliktgebieten selbst als auch nach ihrer Rückkehr in ihren Heimatländern eine Sicherheitsbedrohung dar.

Die Europäische Union sollte in Zusammenarbeit mit ihren Partnern (einschließlich der Liga der Arabischen Staaten) einen Mechanismus für die Eindämmung des Waffenhandels entwickeln und sich dabei insbesondere auf die Länder konzentrieren, in denen Terrorismus

seinen Ursprung hat oder Terroristen ausgebildet werden. Die EU sollte die Ausfuhr von Rüstungsgütern, insbesondere Technologien mit doppeltem Verwendungszweck, die von Terroristen missbraucht werden könnten, genau kontrollieren; EU-Länder sollten selbstverständlich keinerlei Waffengeschäfte mit Ländern abschließen, von denen bekannt ist, dass sie terroristische Organisationen unterstützen. Wir werden Untersuchungen zu den anhaltenden Berichten über Verstöße gegen den EU-Verhaltenskodex fordern und in der Folge sämtliche Bemühungen für dessen Stärkung unterstützen.

Die EU sollte wirksamere Instrumente der Außenpolitik nutzen, um gegen die Finanzierung terroristischer Organisationen durch bestimmte Länder vorzugehen. Die Zusammenarbeit mit wesentlichen Partnern und Ländern bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung sollte verbessert werden. Die EU sollte mit den Staaten des Golf-Kooperationsrats zusammenarbeiten, insbesondere mit Ländern wie Saudi-Arabien und Katar, aus denen bekanntermaßen finanzielle Unterstützung für Terroristengruppen fließt. Des Weiteren sind wir besorgt über dem Europäischen Parlament vorliegende Berichte, wonach mit Ölverkäufen aus dem Irak in europäische Länder direkt und indirekt terroristische Aktivitäten finanziert wurden. Die EU sollte nicht zögern, restriktive Maßnahmen gegen Einzelpersonen und Organisationen zu verhängen, wenn zuverlässige Nachweise für eine Finanzierung oder sonstige Mittäterschaft bei terroristischen Aktivitäten vorliegen – selbst wenn entsprechende Nachweise in sogenannten „befreundeten“ Ländern vorliegen.

Die Europäische Union sollte Anstrengungen unternehmen, um die Instrumente der Zusammenarbeit im Hinblick auf die Informationsgewinnung und den internen und externen Informations- und Austausch zur Terrorismusbekämpfung zu verbessern. Dabei gilt es, den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte sowie die Interessen der Mitgliedstaaten und externen Partner uneingeschränkt zu wahren. Diese Zusammenarbeit sollte dazu beitragen, terroristische Aktivitäten und damit verbundene kriminelle Handlungen in der gesamten EU und über die Außengrenzen der Union hinweg besser zu verhindern und zu verfolgen. Die Rolle des EU-INTCEN als Drehscheibe für die Bewertung strategischer Informationen auf EU-Ebene – unter anderem zur Terrorismusbekämpfung – sollte gestärkt werden.

Terroristische Organisationen wie ISIS haben gezeigt, dass sie bereit sind, unsägliche Gewalt gegenüber Jesiden, Christen, Muslimen und anderen, die ihre extremistische Ideologie nicht teilen, auszuüben. Es bedarf einer langfristigen Verteidigungsstrategie, in der die Vereinten Nationen und Länder aus der Region eine

stärkere Rolle bei der Festlegung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen übernehmen sollten.

Die EU sollte internationale Initiativen zur Bekämpfung von Radikalisierung und Terrorismus unterstützen. Darüber hinaus sollte sie ein besseres Verständnis der religiösen Beweggründe von Extremistengruppen entwickeln, um besser in der Lage zu sein, ihrer Botschaft etwas entgegenzusetzen. Es bedarf einer strategischen Kommunikation sowie der Entwicklung einer Strategie für eine aktive Einbindung der arabischen Welt. Dabei müssen Gegendarstellungen zur terroristischen Propaganda entwickelt, Grundrechte gefördert und die Tatsache berücksichtigt werden, dass das Internet immer häufiger zur Radikalisierung missbraucht wird. Vor diesem Hintergrund gilt es, die sozialen Medien zu nutzen und die Kommunikation in arabischer Sprache zu verbessern.

Europa muss erkennen, dass sich die Bekämpfung der Radikalisierung in Partnerländern womöglich ganz anders gestaltet als entsprechende Maßnahmen innerhalb der EU. Ferner muss es bereit sein, neue Analysen durchzuführen sowie neue Ideen und Perspektiven innerhalb von Partnerländern und in Zusammenarbeit mit diesen aufzugreifen. Dabei müssen wir anerkennen, dass es von entscheidender Bedeutung sein kann, die Zivilgesellschaft einzubeziehen, um eine offene Debatte, Bildung und einen Dialog in Ländern anzustoßen, in denen bislang eine Kultur herrschte, in der die politische Debatte, die Versammlungsfreiheit und die freie Meinungsäußerung beschränkt waren. Europa muss bereit sein, diese anzufechten.

Zur Bekämpfung des Terrorismus und seiner Ursachen bedarf es nicht nur Anstrengungen auf offizieller und diplomatischer Ebene: Sie erfolgt auch auf der Ebene der Gemeinschaften und erfordert die Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Auch der interreligiöse Dialog einschließlich der Zusammenarbeit mit religiösen Führern des Islam und anderer Glaubensgemeinschaften sollte ein wesentliches Instrument darstellen. Hervorzuheben ist, dass die EU zur Bekämpfung der Radikalisierung unmittelbar mit moderaten Führungspersonlichkeiten der muslimischen Gemeinschaft zusammenarbeiten muss, um ihre Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten und den Vorwurf der „Verwässerung“ oder der „Liberalisierung“ muslimischer Werte zu entkräften. Die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinschaften in Europa als Brücke zu den Ursprungsländern ist von größter Bedeutung. Die Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, dass die Förderung des interreligiösen Dialogs in einzelnen Ländern, in Regionen, zwischen Europa und Drittländern und auf der ganzen Welt neue umfangreiche Impulse erhält.

Die Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, dass die Förderung des interreligiösen Dialogs in einzelnen Ländern, in Regionen, zwischen Europa und Drittländern und auf der ganzen Welt neue umfangreiche Impulse erhält.

4. TERRORISMUSBEKÄMPFUNG: ■ 10 kernbotschaften

Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger der EU

1

Es herrscht allgemeine Einigkeit darüber, dass für ein höchstmögliches Maß an Sicherheit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger gesorgt werden muss. Bevor jedoch neue Mechanismen eingeführt werden, fordern wir die korrekte und uneingeschränkte Umsetzung und Nutzung der bestehenden Instrumente sowie eine eingehende Bewertung aller derzeitigen Strategien, Maßnahmen und Instrumente der EU im Bereich der Sicherheit und Strafverfolgung.

2

Obwohl die Übermittlung von Fluggastdatensätzen (PNR) der Fluggesellschaften über in Europa einreisende und aus Europa ausreisende Passagiere keine „Wunderwaffe“ ist, vertritt die Sozialdemokratische Fraktion dennoch die Auffassung, dass diese Maßnahme dazu beitragen könnte, terroristische und ernstzunehmende transnationale kriminelle Netze zu zerschlagen. Ein künftiges EU-PNR-System müsste jedoch im Einklang mit hohen Datenschutz- und Grundrechtsstandards stehen.

3

Jeglicher Versuch zur Änderung der Schengen-Übereinkommen durch die Einführung ungerechtfertigter und allgemeiner Kontrollen würde unseren Werten zuwiderlaufen und extrem hohe Kosten verursachen. Anstatt den Schengener Grenzkodex zu ändern, sollten alle bestehenden Optionen im Rahmen des Schengener Systems genutzt werden, unter anderem die Bestimmungen zur vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen, sofern diese gerechtfertigt sind.

Ein europäisches Modell für bewährte Verfahren zur Extremismusbekämpfung

4

Die Sozialdemokratische Fraktion fordert die Kommission auf, Erfahrungen mit Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen aus EU-Mitgliedstaaten und anderen Ländern wie Norwegen zu sammeln und weiterzugeben. Das Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung (Radicalisation Awareness Network, RAN) der Kommission ist hierfür eine gute Ausgangsbasis, allerdings bedarf es weiterer Maßnahmen, um sicherzustellen, dass alle EU-Mitgliedstaaten über grundlegende Standards im Bereich der Extremismusbekämpfung verfügen. Die Standards werden dabei ausreichend flexibel sein, um Strategien an einen bestimmten nationalen und lokalen Kontext anzupassen. Durch dieses Maß an Zusammenhalt und Flexibilität könnte die EU selbst ein weltweites Modell für bewährte Verfahren im Bereich der Extremismusbekämpfung werden.

5

Der Europarat muss bei der Bekämpfung der Islamfeindlichkeit eine proaktive Rolle übernehmen, so wie er es in Bezug auf den Antisemitismus getan hat. Es wird vorgeschlagen, dass die EU ein jährlich stattfindendes Brüsseler Gipfeltreffen nach dem Vorbild des Londoner Gipfeltreffens zur Bekämpfung des Antisemitismus etabliert. Dieses wird maßgebliche Akteure an einen Tisch bringen und Grundlage für eine positive Kampagne bieten, um zu zeigen, dass die EU aktiv gegen Diskriminierung aufgrund von Religion vorgeht. Zudem würden die extremistischen Darstellung, denen zufolge die EU inhärent islamfeindlich sei, entkräftet.

Förderung der Chancengleichheit und Bekämpfung von Diskriminierung

6

Die Sozialdemokratische Fraktion fordert eine weitere Stärkung des Europäischen Sozialfonds, der Jugendgarantie sowie der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, um gegen das Problem der steigenden Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen, sowie umfangreichere Angebote an beruflicher und schulischer Ausbildung für junge Menschen, insbesondere jene, die sich weder in der Schul- oder Berufsausbildung noch in fester Anstellung befinden. Wir befürworten schon seit Langem die Annahme einer umfassenden EU-weiten Richtlinie gegen Diskriminierung.

Bildung als Mittel zur Bekämpfung von Extremismus

7

Bildung ist als öffentliche Investition zu sehen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Internet und den sozialen Medien müssen Kinder und Jugendliche lernen, die Realität zu erfassen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden, Propaganda als solche zu erkennen und jeglicher Form von Indoktrination oder Hasstiraden zu widerstehen. Bildung ist der Eckpfeiler zur Verhinderung von Radikalisierung. Sie sollte jungen Menschen nicht nur Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen vermitteln, sondern ihnen in enger Zusammenarbeit mit den Eltern und Familien, Lehrkräften und durch außerschulische Aktivitäten auch helfen, staatsbürgerliche, soziale und auf Menschenrechten basierende Werte zu entwickeln und zu aktiven, verantwortungsvollen und toleranten Mitgliedern der Gesellschaft zu werden.

Internationaler Dialog, Aufbau von Kapazitäten und Deradikalisierung

8

Der Kampf gegen den Terrorismus sollte weiterhin eine der obersten Prioritäten im politischen Dialog und Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Drittländern darstellen. Um die Extremisten zu besiegen, müssen wir Brücken bauen und unsere Zusammenarbeit mit der muslimischen Welt im weiteren Sinne intensivieren, wobei wir uns unserer vergangenen Misserfolge in der Außenpolitik bewusst sein und aus diesen lernen müssen. Zudem müssen wir weiter auf einer soliden Grundlage wie den Grundwerten der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte aufbauen.

Bei jeglicher Zusammenarbeit mit Drittstaaten zur Terrorismusbekämpfung muss sich Europa stets für eine uneingeschränkte gerichtliche Kontrolle und juristische Rechenschaftspflicht einsetzen und unsere eigene rechtliche Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts hochhalten.

9

Entwicklungshilfe sollte zum Aufbau staatlicher Kapazitäten beitragen, indem zusammen mit den betroffenen Ländern Projekte und Tätigkeiten gefördert werden, die sich auf die Bereiche Strafverfolgung, Strafjustiz, Sicherheitsreformen, Kriseninfrastruktur, Krisen- und Notfallhilfe, Grenzkontrollen und Luftsicherheit sowie strategische Kommunikation beziehen.

Europa muss einen positiven Beitrag zur Lösung von Konflikten leisten, Maßnahmen zur Schaffung offenerer Gesellschaften unterstützen und die Bemühungen zur Staatenbildung in fragilen Ländern und ehemaligen Konfliktstaaten erheblich verbessern. Dies alles ist notwendig, um Missständen zu begegnen, die zwar niemals Terrorismus rechtfertigen, aber zu seiner Unterstützung beitragen können.

10

Die EU sollte ihre strategische Kommunikation verbessern, was auch die Entwicklung von Gegendarstellungen zu terroristischer Propaganda umfasst. Sie sollte den interreligiösen Dialog fördern und auch mit moderaten muslimischen Führungspersonlichkeiten zusammenarbeiten. Außerdem sollte sie in den Ländern, in denen Terrorismus seinen Ursprung hat oder Terroristen ausgebildet werden, Kommunikationswege zu den Gemeinschaften finden und mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

Neue europäische Maßnahmen sind notwendig, um die Versorgung von Terrorgruppen mit Waffen zu verhindern und Finanzierungsquellen – unter anderem durch Ölverkäufe und andere Käufe – auszutrocknen. In diesen Bereichen folgen unseren Worten nicht immer Taten.

GLOSSAR

Die **Al-Nusra-Front**, beziehungsweise Jabhat al-Nusra (die Unterstützungsfront für das syrische Volk), die zuweilen auch als Tanzim Qaidat al-Jihad fi Bilad al-Sham oder Al-Qaida in Syrien oder Al-Qaida in der Levante bezeichnet wird, ist ein Ableger der Al-Qaida, der in Syrien und im Libanon aktiv ist. Seither wurde sie sowohl als aggressivste und erfolgreichste als auch als eine der effektivsten Rebellentruppen in Syrien bezeichnet und von den Vereinten Nationen, Australien, Kanada, Neuseeland, Russland, vom Vereinigten Königreich, von den Vereinigten Staaten und der Türkei als terroristische Organisation eingestuft.

Al-Qaida (Übersetzung: „Die Basis“, „Die Grundlage“ oder „Das Fundament“ und alternativ Al-Kaida und bisweilen al-Qa'ida geschrieben) ist eine globale militante islamistische Organisation, die von Osama bin Laden, Abdullah Azzam und verschiedenen anderen militanten Kräften im Zeitraum zwischen August 1988 und Ende des Jahres 1989 gegründet wurde und deren Ursprünge sich bis in den Afghanistankrieg der Sowjetunion zurückverfolgen lassen. Vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, von der NATO, von der Europäischen Union, von den Vereinigten Staaten, von Russland, Indien und verschiedenen anderen Ländern wurde sie als terroristische Organisation eingestuft. Im Verlauf des Bürgerkriegs in Syrien begannen Splittergruppen von Al-Qaida gegeneinander sowie gegen die Kurden und die syrische Regierung zu kämpfen.

Beim **Advance Passenger Information System (APIS)** handelt es sich um ein elektronisches Datenaustauschsystem, das von der US-amerikanischen Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) eingerichtet wurde. Das APIS regelt die Bereitstellung einer beschränkten Zahl von Datenelementen (Identifikationsangaben aus dem Pass und grundlegende Fluginformationen) von kommerziellen Fluglinien- und Schiffsbetreibern an das Computersystem des Ziellandes. Wenn Passagiere aus bestimmten Ländern ausreisen oder in bestimmte Länder reisen, müssen sie vor der Abfertigung vorab übermittelte Flugdaten (API) bereitstellen, damit der Abflug für sie möglich ist.

Die **Arabische Liga**, offiziell die Liga der Arabischen Staaten, ist eine regionale Organisation der arabischen Länder in und in der Nähe von Nordafrika, dem Horn von Afrika und Südwestasien. Das Hauptziel der Liga besteht darin, engere Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten zu knüpfen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen zu koordinieren, ihre Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen und sich allgemein mit den Angelegenheiten und Interessen arabischer Länder zu befassen.

Der **Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)** ist eine politische und wirtschaftliche Organisation, in der zehn südostasiatische Länder vertreten sind. Er wurde am 8. August 1967 von Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand gegründet. Seither reihten sich auch die Brunei, Kambodscha, Laos, Myanmar (Burma) und Vietnam als Mitglieder ein. Ziele des Verbands sind die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, der soziale Fortschritt und die soziokulturelle Weiterentwicklung bei seinen Mitgliedern, der Schutz von Frieden und Stabilität auf regionaler Ebene und Möglichkeit für Mitgliedstaaten, unterschiedliche Auffassungen friedlich zu diskutieren.

Der Vorschlag für die **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen** mit einem Haushalt von 6 Mrd. EUR für den Zeitraum 2014-20 wurde vom Europäischen Rat im Rahmen seiner Tagung vom 7.-8. Februar 2013 unterbreitet. Mit der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen sollen insbesondere junge Menschen, die weder zur Schule gehen, noch erwerbstätig sind, noch eine Ausbildung absolvieren, in den Regionen der Union mit einer Jugendarbeitslosenquote von mehr als 25 % im Jahr 2012 durch eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Die im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen bereitstehenden Finanzmittel sollen daher zur Verstärkung und Beschleunigung der Maßnahmen eingesetzt werden, die im Jugendbeschäftigungspaket vom Dezember 2012 aufgeführt werden. Insbesondere sollen die Finanzmittel den EU-Ländern zur Finanzierung von Maßnahmen zur Verfügung stehen, um die Empfehlung zur Einführung einer Jugendgarantie in den anspruchsberechtigten Regionen umzusetzen.

BNE – Das Bruttonationaleinkommen entspricht der gesamten von Einwohnern eines Landes im Inland und Ausland beanspruchten wirtschaftlichen Leistung und setzt sich aus dem Bruttosozialprodukt (BSP) und den Faktoreinkommen ausländischer Einwohner abzüglich des Einkommens von Gebietsfremden in der heimischen Volkswirtschaft zusammen.

Boko Haram („Keine Bücher“) ist eine jihadistische Gruppe, die im Nordosten Nigerias ansässig, aber auch im Tschad, Niger und Norden Kameruns aktiv ist. Ursprünglich unterhielt die Gruppe Verbindungen zu Al-Qaida. Im Jahr 2014 bekundete sie jedoch ihre Unterstützung für den Islamischen Staat im Irak und der Levante, bevor sie ihm im März 2015 förmlich die Treue gelobte.

DAC – Der Ausschuss für Entwicklungshilfe ist eines der zentralen Foren für die Zusammenarbeit der großen bilateralen Geber, um die

Effektivität ihrer gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu erhöhen. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht die Frage, wie die internationale Entwicklungszusammenarbeit zur Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Teilhabe an der Weltwirtschaft sowie zur Fähigkeit der Menschen zur Überwindung von Armut und zur vollständigen Teilhabe in ihren Gesellschaften beiträgt.

EU INTCEN – Das Zentrum der Europäischen Union für Informationsgewinnung und -analyse (EU INTCEN) ist eine nachrichtendienstliche Einrichtung der Europäischen Union (EU). Seit Januar 2011 ist das EU INTCEN ein Bestandteil des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) unter der Leitung der Hohen Vertreterin der EU. Der Auftrag des EU INTCEN besteht darin, nachrichtendienstliche Analysen, Frühwarnungen und Lageeinschätzungen für die Hohe Vertreterin und den EAD sowie die verschiedenen EU-Entscheidungsgremien im Bereich der allgemeinen Sicherheit und Außenpolitik und der allgemeinen Sicherheit und Verteidigungspolitik und der Terrorismusbekämpfung und für die EU-Mitgliedstaaten bereitzustellen.

EUROJUST bzw. **die Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit** ist eine im Jahr 2002 gegründete Einrichtung der Europäischen Union, mit der die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Justizbehörden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit schweren grenzüberschreitenden Straftaten und organisierter Kriminalität gefördert und verbessert werden soll. Der Sitz von EUROJUST befindet sich in Den Haag (Niederlande).

Der **Europäische Auswärtige Dienst (EAD)** ist ein Dienst der Europäischen Union (EU), der nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 gegründet wurde. Formell nahm er seine Arbeit am 1. Dezember 2010 auf und fungiert als Außenministerium und diplomatisches Korps für die EU und setzt somit die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU um und nimmt die Außenvertretung der EU in weiteren Bereichen wahr. Der EAD untersteht der Leitung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HR) und unterstützt diese. Das Amt der Hohen Vertreterin wurde ebenfalls durch den Vertrag von Lissabon geschaffen.

Der **Europäische Sozialfonds (ESF)** ist das zentrale Instrument Europas zur Förderung von Arbeitsplätzen. Er soll den Zugang zu besseren Arbeitsplätzen ermöglichen und gerechtere

Beschäftigungsmöglichkeiten für alle EU-Bürger sicherstellen. Seine Arbeitsweise beruht auf Investitionen in das europäische Humankapital – Arbeitnehmer, junge Menschen und Arbeitsuchende in Europa. Mit den Finanzmitteln aus dem ESF in Höhe von jährlich 10 Mrd. EUR werden die Beschäftigungsperspektiven der Europäer verbessert, insbesondere für diejenigen, für die sich die Suche nach einem Arbeitsplatz schwierig gestaltet.

EUROPOL ist die **Strafverfolgungsagentur der Europäischen Union**, die sich mit dem Austausch und der Analyse von kriminalpolizeilichen Erkenntnissen beschäftigt. Ihr Auftrag besteht darin, die Effektivität und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Strafverfolgungsbehörden bei der Prävention und Bekämpfung von schwerer internationaler Kriminalität und Terrorismus mit dem Ziel zu verbessern, dass Europa für alle EU-Bürger sicherer wird. Ursprünglich wurde die Agentur auf der Grundlage eines Abkommens gegründet, das von den EU-Staaten im Jahr 1995 unterzeichnet worden war. Seit dem Jahr 1999 geht Europol auf operativer Ebene ihren Aufgaben nach. Am 1. Januar 2010 erhielt sie den Status einer EU-Agentur. Der Sitz von Europol befindet sich in Den Haag (Niederlande).

FRONTEX bzw. **die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen** koordiniert die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich des Schutzes der Außengrenzen. Sie trägt zur effizienten, verstärkten und einheitlichen Kontrolle von Personen und zur Überwachung der Außengrenzen der EU-Staaten bei. FRONTEX unterstützt die EU-Staaten bei der Ausbildung ihrer nationalen Grenzschutzbeamten und auch durch die Festlegung gemeinsamer Ausbildungsnormen. Die Agentur nimmt zudem Risikoanalysen vor, verfolgt Forschungsentwicklungen im Zusammenhang mit der Kontrolle und Überwachung von Außengrenzen, unterstützt die EU-Staaten bei einem erhöhten Bedarf an technischer und operativer Unterstützung an den Außengrenzen und bietet den EU-Staaten die notwendige Unterstützung bei der Organisation von gemeinsamen Rückführungsmaßnahmen. FRONTEX wurde im Jahr 2004 gegründet. Ihr Sitz befindet sich in Warschau (Polen).

Die **Hamas** (Islamische Widerstandsbewegung) ist eine palästinensische islamische Organisation mit angeschlossenen militärischem Flügel, den Ezzedin-el-Kassam-Brigaden, in den Palästinensergebieten und an anderen Orten im Mittleren Osten, einschließlich Katar. Die Hamas wird von Kanada, Israel, Japan und

den Vereinigten Staaten als terroristische Organisation eingestuft. Australien und das Vereinigte Königreich haben den militärischen Flügel der Hamas, die Essedin-el-Kassam-Brigaden, als terroristische Organisation eingestuft. In Jordanien ist die Organisation verboten. Von Iran, von Russland, Norwegen, der Schweiz, der Türkei, China und Katar wird sie nicht als terroristische Organisation betrachtet.

Die **Hisbollah** (wortwörtlich: „Partei Allahs“ oder „Partei von Gott“) – auch transkribiert als Hizbullah, Hizballah, etc. – ist eine schiitische islamistische militante Gruppe und politische Partei mit Sitz im Libanon. Der paramilitärische Flügel der Hisbollah ist der Rat des heiligen Krieges. Die Vereinigten Staaten, der Golf-Kooperationsrat, Kanada und Israel haben die Hisbollah als terroristische Organisation eingestuft. Die Europäische Union und Neuseeland haben den militärischen Flügel der Hisbollah geächtet, führen aber die Hisbollah in ihrer Gesamtheit nicht als terroristische Organisation. Die Hisbollah wurde nach dem israelischen Einmarsch im Libanon im Jahr 1982 von muslimischen Geistlichen ins Leben gerufen und von Iran finanziert. Zunächst wurde sie hauptsächlich für den Widerstand gegen die israelische Besatzung gegründet.

Der **Islamische Staat im Irak und der Levante (ISIL)**, auch bekannt als Islamischer Staat im Irak und Syrien oder Islamischer Staat im Irak und al-Sham (**ISIS**) oder vereinfacht als Islamischer Staat bezeichnet, ist eine extremistische islamistische Terrororganisation, die Gebiete im Irak und Syrien kontrolliert und in Libyen und Nigeria eine eingeschränkte territoriale Kontrolle ausübt. Die Gruppe ist auch in vielen anderen Teilen der Welt, einschließlich Südostasien, aktiv oder hat dort Verbündete. Am 29. Juni 2014 rief die Gruppe sich selbst als weltweites Kalifat mit Abu Bakr al-Baghdadi als seinem Kalifen aus und benannte sich selbst in „Islamischer Staat“ um.

Die **Jesiden** sind eine ethnisch-religiöse Gruppe, deren synkretische, aber zugleich alte Religion des Jesidentums Verbindungen zum Zoroastrismus und alten mesopotamischen Religionen aufweist. Sie leben vorrangig in der irakischen Provinz Ninawa. Weitere Gemeinschaften in Armenien, Georgien und Syrien gehen seit den 1990er Jahren im Ergebnis einer erheblichen Wanderungsbewegung nach Europa, insbesondere nach Deutschland, zahlenmäßig zurück. In Armenien werden die Jesiden als nationale Gruppe anerkannt. Im August 2014 gerieten die Jesiden im Rahmen der Kampagne zur Säuberung des Iraks und seiner Nachbarländer von unislamischen Einflüssen ins Visier des Islamischen Staates im Irak und der Levante.

Bei der **Jugendgarantie** handelt es sich um einen neuen Ansatz zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, mit dem sichergestellt wird, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren – unabhängig davon, ob sie bei den Arbeitsvermittlungsstellen gemeldet sind oder nicht – innerhalb von vier Monaten, nachdem sie ihre formale Bildung beendet haben oder arbeitslos geworden sind, ein hochwertiges,

konkretes Angebot erhalten. Es sollte sich um ein hochwertiges Angebot für eine Arbeitsstelle, eine Ausbildung, ein Praktikum oder eine weiterführende Ausbildung handeln, das an die Einzelperson und die betreffende Situation angepasst ist. Die EU-Länder bestätigten den Grundsatz der Jugendgarantie im April 2013.

Beim **Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten**, der auch als **Golf-Kooperationsrat** bekannt ist, handelt es sich um eine zwischenstaatliche politische und wirtschaftliche Union, in der mit Ausnahme des Irak sämtliche arabischen Staaten des Persischen Golfs vertreten sind. Zu seinen Mitgliedstaaten gehören Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die **Kurdische Arbeiterpartei**, auf die im Allgemeinen mit ihrem kurdischen Akronym **PKK** (Partiya Karkerên Kurdistanê), Bezug genommen wird, ist eine kurdische nationalistische Organisation mit Sitz in der Türkei und Irakisch-Kurdistan. Im Zeitraum von 1984 bis 2013 führte die PKK einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat, um für die Kurden in der Türkei, die mit Anteilen zwischen 10 % und 25 % in der Bevölkerung vertreten sind, kulturelle und politische Rechte und die Selbstbestimmung zu erlangen. Die Gruppe wurde im Jahr 1978 im Dorf Ziyaret (bei Lice) von einer Gruppe kurdischer Studenten gegründet. Seit seiner Ergreifung und Inhaftierung im Jahr 1999 hat sich der Führer der PKK, Abdullah Öcalan, vom Marxismus-Leninismus abgewandt und die Partei zur Annahme seiner neuen politischen Plattform des „Demokratischen Konföderalismus“ (der stark von der libertär-sozialistischen Philosophie des Kommunalismus beeinflusst ist) hingeführt und gleichzeitig seine offiziellen Forderungen nach der Gründung eines vollkommen unabhängigen Staates eingestellt.

NATO – Die Nordatlantikpakt-Organisation, auch als Nordatlantische Allianz bezeichnet, ist eine zwischenstaatliche Militärallianz, die auf dem am 4. April 1949 unterzeichneten Nordatlantikvertrag beruht. Die Organisation begründet ein System der kollektiven Verteidigung, bei dem sich ihre Mitgliedstaaten für den Fall eines Angriffs durch eine externe Partei zur gegenseitigen Verteidigung verpflichten. Der Hauptsitz der NATO ist in Brüssel (Belgien), einem der 28 Mitgliedstaaten in Nordeuropa und Europa, von denen Albanien und Kroatien zuletzt als jüngste Mitglieder im April 2009 beigetreten sind.

OSZE – Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist die weltweit größte sicherheitsorientierte zwischenstaatliche Organisation. Ihr Auftrag erstreckt sich auf Themen wie die Rüstungskontrolle und die Förderung von Menschenrechten, Pressefreiheit und fairen Wahlen. Sie geht auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) zurück, die im Jahr 1975 in Helsinki (Finnland) stattgefunden hatte.

PEGIDA bzw. die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes ist bzw. sind eine rechtsextreme, gegen den

Islam gerichtete politische Organisation, die im Oktober 2014 in Dresden gegründet wurde. Sie veranstaltete Demonstrationen gegen eine ihrer Auffassung nach stattfindende Islamisierung des Abendlandes und forderte restriktivere Zuwanderungsregeln, insbesondere für Muslime. Sie verfolgt das Ziel, Änderungen im deutschen Zuwanderungsrecht herbeizuführen. In verschiedenen Ländern bildeten sich Ableger von PEGIDA.

Die **Peschmerga** (wortwörtlich: „einer, der dem Tod entgegentritt“) sind die militärischen Kräfte in Irakisch-Kurdistan. Der Präsident von Irakisch-Kurdistan steht formell an der Spitze der Peschmerga. Die Truppen der Peschmerga selbst sind weitgehend gespalten und werden von der Demokratischen Partei Kurdistans und der Patriotischen Union Kurdistans getrennt kontrolliert, wobei jedoch beide der Regionalregierung Kurdistans die Treue geloben. Gegenwärtig gibt es Bemühungen, die gesamten Truppen unter der Leitung des Ministeriums für die Angelegenheiten der Peshmerga zusammenzuführen. Die Peschmerga-Truppen tragen die Verantwortung für die Verteidigung des Landes, der Menschen und der Institutionen in der Region Kurdistan.

Bei **PNR** bzw. einem Fluggastdatensatz handelt es sich um Informationen, die von den Passagieren während der Reservierung und Buchung von Flugtickets und beim Check-in bereitgestellt werden oder die von den Luftverkehrsunternehmen für eigene kommerzielle Zwecke erhoben werden. Hierzu gehören verschiedene Arten von Informationen, wie beispielsweise Reisedaten, Reiseroute, Ticketdaten, Kontaktdaten, Reisebüro, über das der Flug gebucht wurde, genutzte Zahlungsmittel, Sitzplatznummer und Gepäckinformationen. Die Daten werden in den Datenbanken der Fluggesellschaften für die Reservierung und Abflugkontrolle gespeichert. Viele Staaten greifen zur Bekämpfung von schweren Straftaten und Terrorismus auf PNR-Daten zurück.

Das **Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung (RAN)** ist ein Dachnetzwerk, das gegründet wurde, um Gemeinschaften und lokale Akteure, die sich an der Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus beteiligen, miteinander in Kontakt zu bringen. Es handelt sich dabei um ein einzigartiges Instrument, das Gruppen von Akteuren aus verschiedenen EU-Staaten jeweils in ihrem Fachgebiet die Möglichkeit zu Treffen bietet, sich über bewährte Vorgehensweisen, Erfahrungen und Ergebnisse bei der Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus auszutauschen. Die Ergebnisse des RAN werden an politische Entscheidungsträger auf Ebene der EU und der EU-Staaten zurückgemeldet.

Beim **Schengener Grenzkodex** handelt es sich um ein einheitliches Regelwerk für Personenkontrollen an den Außengrenzen. Er regelt das Überschreiten der Außengrenze und erleichtert dabei den Zugang für diejenigen, bei denen ein legitimes Interesse zur Einreise in die EU besteht. Zudem wurde eine besondere Regelung

für den kleinen Grenzverkehr eingerichtet, um die Einreise für Grenzbewohner eines nicht zur EU gehörigen Drittlandes zu erleichtern, die die EU-Außengrenze häufig überschreiten müssen. Eine gemeinsame Visumpolitik sorgt für weitere Erleichterungen bei der Einreise legaler Besucher in die EU.

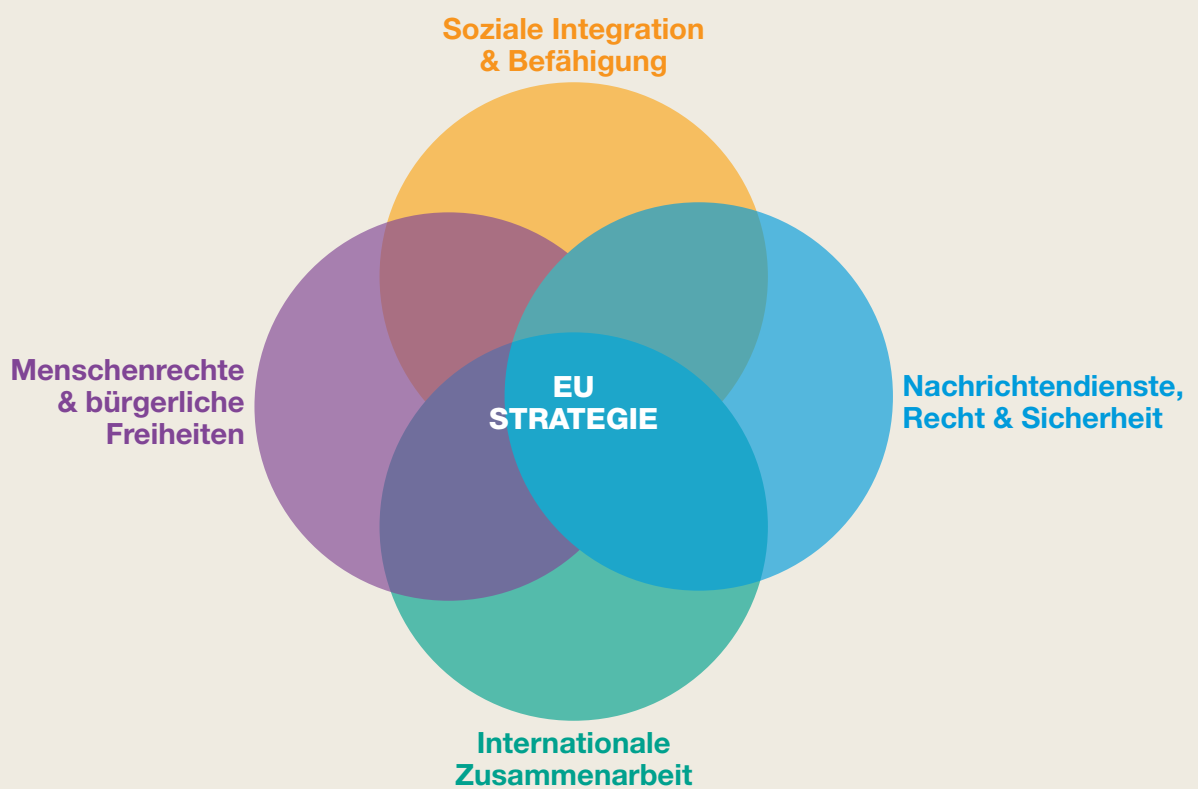
Das **SIS oder Schengener Informationssystem** ist ein hocheffizientes groß angelegtes Informationssystem zur Unterstützung der Kontrolle der Außengrenzen sowie der Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung in den Schengenstaaten. Durch das SIS erhalten zuständige Behörden wie Polizei und Grenzschutz die Möglichkeit zu bestimmten Kategorien von gesuchten oder vermissten Personen und Gegenständen Ausschreibungen einzugeben und zu prüfen. Eine SIS-Ausschreibung enthält nicht nur Informationen zu einer bestimmten Person oder einem bestimmten Gegenstand, sondern auch klare Anweisungen für das weitere Vorgehen, nachdem die Person oder der Gegenstand gefunden wurde. Spezialisierte nationale SIRENE-Büros fungieren als alleinige Anlaufstellen für den Austausch etwaiger ergänzender Informationen und die Koordination von Tätigkeiten im Zusammenhang mit SIS-Ausschreibungen.

SIS II ist eine ausgereifere Version des Schengener Informationssystems (SIS). Es wurde im April 2013 eingeführt und beinhaltet verbesserte Funktionalitäten, wie beispielsweise die Möglichkeit zur Nutzung von biometrischen Daten, neue Arten von Ausschreibungen, die Möglichkeit zur Verknüpfung verschiedener Ausschreibungen (wie beispielsweise von Ausschreibungen für eine Person und ein Fahrzeug), und eine Möglichkeit für direkte Suchanfragen im System. SIS II enthält auch Kopien von Europäischen Haftbefehlen (EuHb), welche dieselbe Rechtsgültigkeit wie die Originale besitzen, sodass es für die zuständigen Behörden schneller und einfacher möglich ist, für die erforderlichen Folgemaßnahmen zu sorgen.

Das **VIS bzw. Visa-Informationssystem** ermöglicht Schengenstaaten den Austausch von Visadaten. Es besteht aus einem zentralen IT-System und einer Kommunikationsinfrastruktur, durch welche dieses zentrale System mit den nationalen Systemen verbunden wird. Im Rahmen des VIS werden die Konsulate in Drittländern und sämtliche Außengrenzübergangsstellen der Schengen-Staaten miteinander verbunden. Darin werden Daten und Entscheidungen im Zusammenhang mit Anträgen für Kurzzeitvisa zum Besuch des Schengenraums oder den Transitverkehr durch den Schengenraum verarbeitet. Das System kann zu Identifizierungs- und Überprüfungszwecken einen biometrischen Abgleich vornehmen, hauptsächlich anhand der Fingerabdrücke.

Quellen: <http://europa.eu>
<https://en.wikipedia.org>

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG



ÜBER DIE S&D FRAKTION

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (die S&D Fraktion) ist mit 191 Mitgliedern aus allen 28 Mitgliedstaaten die zweitgrößte politische Fraktion im Europäischen Parlament.

Wir stehen für eine integrative europäische Gesellschaft, die auf den Prinzipien Solidarität, Gleichheit, Vielfalt, Freiheit und Gerechtigkeit beruht. Wir engagieren uns für soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze und Wachstum, Verbraucherrechte, nachhaltige Entwicklung, Finanzmarktreformen und Menschenrechte, um ein stärkeres und demokratischeres Europa und eine bessere Zukunft für alle zu schaffen

Kontakt zu uns:



[socialistsanddemocrats](https://www.facebook.com/socialistsanddemocrats)



[socsanddems](https://www.youtube.com/socsanddems)



[socsanddems](https://www.instagram.com/socsanddems)



[TheProgressives](https://twitter.com/TheProgressives)

www.socialistsanddemocrats.eu



Group of the Progressive Alliance of
Socialists & Democrats
in the European Parliament